

A1 Jugendlichen eine Stimme geben!

Antragsteller*in: Jeanne Dillschneider

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Die Grüne Jugend Saar setzt sich für die Beteiligung von Kindern und
2 Jugendlichen im Saarland ein.

3 Entscheidungen dürfen nicht über die Köpfe derjenigen getroffen werden, die es
4 betrifft. Um Zukunftsfragen gemeinsam anzugehen, müssen auch junge Menschen ein
5 Mitspracherecht haben. Voraussetzung für eine nachhaltige und
6 generationenübergreifende Politik ist, dass alle Generationen gleichermaßen
7 politische Entscheidungen beeinflussen können.

8 Darum fordern wir als Grüne Jugend Saar die Herabsenkung des aktiven und
9 passiven Wahlalters auf 16 Jahre auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.

10 Wir möchten die Partizipation von Jugendlichen ausbauen und junge Menschen dazu
11 motivieren, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich in die Gesellschaft
12 einzubringen.

13 Dadurch wird nicht nur der Politikverdrossenheit entgegengesteuert, sondern es
14 wird auch eine lebendige Diskussion angeregt, in der die Meinungen und
15 Vorstellungen junger Menschen gleichberechtigt berücksichtigt werden.

16 Eine stetig wachsende Zahl an Jugendlichen verfügt über die Einsichtsfähigkeit
17 und das Verantwortungsbewusstsein, um eine Wahlentscheidung treffen zu können.
18 Wir fordern ebenfalls eine Erweiterung der Bildungsmaßnahmen, die jungen
19 Menschen Politik näher bringen und somit das erforderliche Verständnis schaffen.

20 Auf kommunaler Ebene müssen die bereits existierenden Möglichkeiten für
21 Jugendpartizipation ausgeschöpft werden: Das KSVG sieht in § 49a die Einrichtung
22 eines Jugendbeirates in saarländischen Kommunen vor. Von diesem Recht sollten
23 alle Kommunen Gebrauch machen und Jugendbeiräte an Themen mitwirken lassen, die
24 Kinder und Jugendliche betreffen. Die Erfahrung zeigt, dass dieses Angebot von
25 zahlreichen Jugendlichen genutzt wird und diese langfristig für
26 kommunalpolitisches Engagement begeistert. Wichtig ist, dass der Jugendbeirat
27 einen eigenen Haushalt zugeteilt bekommt und eigenständige Entscheidungen
28 treffen kann.

29 Für den Regionalverband und die Landkreise besteht diese gesetzliche Möglichkeit
30 nicht. Wir fordern dennoch die Selbstverpflichtung des Regionalverbandes und der
31 Landkreise, Jugendliche bei Entscheidungen, die jugendpolitische Themen
32 betreffen, einzubinden. Dies würde sich insbesondere im Schulausschuss anbieten.

33 Auch fordern wir die Einrichtung eines Jugendparlamentes auf Landesebene. Des
34 Weiteren sollte die Landesregierung Ideen und Projekte fördern, die
35 Landespolitik für junge Menschen im Saarland verständlich und zugänglich macht.
36 Dazu könnten ein sogenanntes "Shadowing"-Projekt, Tage der offenen Tür oder
37 Gesprächsforen eingerichtet werden.

38 Der demographische Wandel schlägt sich auch in der Bundespolitik nieder: Politik
39 wird für die geburtenstarken Jahrgänge gemacht, die nun in Rente gehen.
40 Zukunftsrelevante Themen werden verstärkt aufgeschoben. Dazu gehören der
41 Klimawandel, die Digitalisierung oder die Herausforderungen in der

- 42 Bildungspolitik. Aus diesem Grund müssen auch auf Bundesebene Jugendliche das
43 Wahlrecht ab 16 bekommen.

Begründung

Erfolgt mündlich.